

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

245 (27.10.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Krüger angefordert, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, monatlich 80 Pfg. Briefträger ins Haus gebracht, 80 Pfg. vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensitz“.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>	<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: F. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Vogel; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>	<p>Verantwortlich für Anzeigen und Restalten: Hermann Wahler in Karlsruhe.</p>

Der Großblock.
Die „Karlsruher Zeitung“ hat zu dem erneuerten Großblockabkommen bis jetzt noch nichts geschrieben. Dagegen veröffentlicht sie in ihrer Nr. 294 vom 27. Okt. an der Spitze des Blattes „Zu den Landtagswahlen“ folgendes:

Unter Artikel in Nr. 291 ist in der gesamten Presse bedrohen worden. Wir beabsichtigen nicht, in eine Erörterung über diese Kritiken einzutreten. Aber eine Bemerkung in dem Artikel der „Badischen Landeszeitung“ Nr. 494 „Das neue Baden“ kann nicht unbedenklich bleiben. Die Zeitung sagt, das badische Volk „bewahre als ein heiliges Vermächtnis die herrlichen Worte seines vereinigten Großherzogs Friedrich I., die am 30. August 1860 also hießen: „Ich komme nicht herein, daß ein feindlicher Gegensatz sei zwischen Fürstentum und Volkrecht. Ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt — Fürst und Volk, mannsförmig vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und Tat geheiligten Verfassung.“ Auf das Grundsätzliche muß Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß diese in der Tat herrlichen Worte unseres vereinigten Großherzogs dazu benutzt werden, das badische Volk aufzurufen zur Wahl von Sozialdemokraten, also von Vertretern derjenigen Partei, welche die Monarchie und damit die Grundlage unserer in Wort und Tat geheiligten Verfassung“ bekämpft.

Geradezu freventlich aber ist folgende Bemerkung in Nr. 501 der „Münchener Neuesten Nachrichten“: „Man weiß ja, daß der Großherzog, im Gegensatz zu seinem heimgegangenen Vater, dem Großblockgedanken abhold ist.“ In Baden weiß jedermann, daß der Großblock von 1905 unserem vereinigten Großherzog in einem Scherz bereitete hat. Diese Scherzrede, welche durchaus kein unbedeutendes Eingreifen in den Wahlkampf bedeutet, ist im Interesse der politischen Neutralität sehr zu begrüßen. Es war in der Tat ein unglückliches Stück von der „Bad. Volksztg.“, der vereinigten Großherzog in dem Augenblick für die nationalliberale Partei zu zitieren, wo die nationalliberale Partei mit der Sozialdemokratie erneut ein Bündnis abschloß, nachdem die Sozialdemokratie in den Hauptwahlen schon durch Mißtrau der nationalliberalen Steuererhebungen unzulässig gemacht worden war. Wo bleibt die Scham bei diesem Blatt, das sich noch im Jahre 1898 Nr. 50, 1. Blatt, von einem Markgräfler schreiben ließ: „Mein nicht nur vor dem Ministerkürzen“ und Untergrabung jeder erdenklichen Autorität sieht sich der gute Mann (Wacker) nicht, sondern er hat es gewagt, die letzten Wahlen die unserem großen Landesherren treu ergebene Meinung der Sozialdemokratie anzuschultern. Ich war an jenem Tag der Wahl zufällig in Karlsruhe anwesend und wird jener Tag gewiß jedem treuen Reichsbürger und speziell mir als Markgräfler im Gedächtnis bleiben, wie damals die Herren der Opposition Arm in Arm zur Festhalle marschierten, an der Spitze der Badenia Vogel, um unserem Großherzog seinen Lebensabend zu versüßeln. Das war tatsächlich wehmützig mit anzusehen. Der verdiente Lohn dafür wird sicherlich nicht ausbleiben. Wenn das unser Hebel und Markgraf wählten, würden sie sich unter dem Hohen umdrehen.“

Und ferner schrieb damals die „Bad. Landeszeitung“, „mit der Regierungsfähigkeit“ des Zentrums sei es nun „selbstverständlich vorbei“.

Und heute kommt dasselbe Blatt, das damals das Zentrum, welches die Wahlparole „Gewehr bei Fuß“ ausgegeben hatte, beschuldigte, es verbiterte dadurch den Lebensabend des großen Landesfürsten und ätzte denselben Landesfürsten für das nationalliberale Bündnis mit der Sozialdemokratie! Das ist mehr als Charakterlosigkeit, das ist Schande. Und darum empfindet man eine moralische Genugtuung darüber, daß die „Karlsruher Zeitung“ diese schändliche Leistung des Hauptorgans der Nationalliberalen an den Pranger stellte.

Wenn man die Nummern der gestrigen „Bad. Landeszeitung“ liest, hat man überhaupt das Empfinden, als läge sich ein Mann mit dem denkbar schlechtesten Gewissen herauszureden, indem er entsetzt und schwindlig und möglichst viele Komplizen sucht, um seine Tat weiter erkennen zu lassen. Die Artikel lagen offenbar schon längst in Bereitschaft, um sie zu gegebener Zeit loslassen zu können. Selbstverständlich spielt auch wieder die Disziplinwidrigkeit einer Anzahl Karlsruher Zentrumsleute, welche 1905 ihrer Erbitterung über den Karlsruher Charakter und würdelosen Liberalismus in einem Flugblatt Luft machten, eine Rolle in den Spalten der „Bad. Landeszeitung“. Um die Sache dem „Bad. Beobachter“ gegenüber wirksamer zu machen, wird der Chefredakteur des „Bad. Beob.“ verübelnd verunglimpft, obwohl der Redakteur des „Bad. Beob.“ damals weder inhaltlich noch formell für jenes Flugblatt verantwortlich war, das ohne ihn und ohne sein Wissen gemacht und ohne ihn und seine Zustimmung veröffentlicht wurde. So gern man damals einen katholischen Geistlichen unter den wirklichen oder intellektuellen Urheber haben möchte, gelang das nicht, obwohl man merkwürdigerweise selbst bei der Untersuchung einen Hauptverdächtigen darauf legte. Lediglich das wurde festgestellt, daß der Redakteur des „Bad. Beob.“, nachdem die Sache beschloffen und aufgesetzt war, zufällig das Manuscript in die Hand bekam und dort Ver-

derungen vornahm. Von seiner Zustimmung oder Nichtzustimmung hing gar nichts ab. Er verweigerte auch selbstverständlich die Wahlparole: „Gewehr bei Fuß!“ konnte und wollte aber andere, die in ihrer berechtigten Empörung den „Liberalen“ absolut einen Denkzettel geben wollten“, nicht zurückhalten.

Selbstverständlich nicht es indes der „Bad. Landeszeitung“ nicht, wenn sie das nationalliberale, genau überlegte und längst geplante Bündnis mit der Sozialdemokratie entschuldigen will mit einer Tat der Leidenschaft bei einzelnen Karlsruher Zentrumsmitgliedern. Das ist eben die innere Unwahrscheinlichkeit und Charakterlosigkeit der Nationalliberalen, daß sie ein Bündnis mit der Sozialdemokratie als patriotische Tat preisen und gar noch in schamloser Weise den Namen des verkörperten Großherzogs für ihre Ziele mißbrauchen, wenn das Bündnis von ihnen abgeschlossen wird, während sie früher „nicht Worte genug der Zunge finden“ konnten, das Zentrum zu verleumden und zu verdächtigen, weil das Zentrum der Sozialdemokratie gegenüber die Parole „Gewehr bei Fuß“ ausgab und weil manche Zentrumswähler diese Parole nicht befolgten.

Es ist eine perfide Lüge, wenn behauptet wird, der „Bad. Beob.“ habe niemals in einem anderen Sinne das Bündnis zwischen Liberalen und Sozialdemokraten beurteilt und beurteilt. Das nationalliberale Bündnis mit der Sozialdemokratie ist ein Zeichen der Schwäche des Liberalismus und zugleich im Zusammenhang mit der früheren öffentlich ausgesprochenen Stellungnahme der Liberalen zu dem Verhältnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie eine Charakterlosigkeit ersten Ranges. Diesen Standpunkt haben wir stets vertreten und wir kommen damit in keinerlei Widerspruch mit uns selbst. Alles andere ist liberale Lüge und Freigeb gegenüber der Wahrheit, wie überhaupt der badische Nationalliberalismus feig und charakterlos ist im höchsten Grade. Das beweist er eben wieder durch den unvermeidlichen Mißbrauch, den er mit dem Namen Friedrich I. treibt.

Zugabe: müssen wir der „Bad. Landeszeitung“ übrigens, daß ihre Stellung eine recht üble ist. Wie will und soll sie ihren Gläubigen gegenüber das Fallenslassen des populärsten und beliebtesten nationalliberalen Abgeordneten, des Abg. Wittum, entschuldigen? Wie ihre Leser darüber trösten, daß die Nationalliberalen den alten und bisher sicheren Bezirk Schönau-Schopfleim der Sozialdemokratie ausliefern? Wie es rechtfertigen, daß die Nationalliberalen ihren Führer Obkircher einer höchst zweifelhaften Stichwahl mit den Sozialdemokraten aus-

sehen? Wie ihre Leser darüber hinwegtäuschen, daß die Nationalliberalen Trübsal-Wolfschaf und anderes ohne weiteres preisgeben?

Das sind schwere Proben, welche die Liberalen schulden müssen. Wenn sie nur nicht daran ersticken!

-s. Worum handelt es sich?

Wer vor den Hauptwahlen Liberaler und Sozialdemokrater in ihrer Agitation verfolgte, mußte unbedingt zu der Ansicht kommen, es handle sich bei den badischen Landtagswahlen lediglich um einen Protest gegen die Reichsfinanzreform. Damit agitierten diese Leute? Was sagten sie den Wählermassen in ihren zahlreichen Versammlungen Tag für Tag? Daß Zentrum und Konservativ die Reichsfinanzreform gemacht hätten. Durch diese Agitation ist es ihnen gelungen, der überwiegenden Mehrzahl der Wähler die Meinung beizubringen, sie müßten sich durch ihre Abstimmung für oder gegen die Reichsfinanzreform entscheiden. Die Wahlen fanden also infolge liberal-sozialdemokratischer Agitation unter dem Zeichen der Reichsfinanzreform statt. Das konnten Zentrum und die ihm nahestehenden Parteien nicht verhindern, trotzdem in ihren Versammlungen immer und immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß der Kampf sich im Grunde genommen um viel Wichtigeres drehe.

Durch die Ausgabe einer falschen Parole ist es der Sozialdemokratie nach dem Liberalismus gelungen, bedeutend mehr Stimmen auf sich zu vereinigen, als sie sonst unter normalen Verhältnissen hätten bekommen können. Der „Bad. Beob.“ hat deshalb für die Wahlen das Wort „Demonstrationswahlen“ geprägt. Nun kommt das Interessante.

Unter Verleugnung ihrer bisherigen ausschließlich mit der Reichsfinanzreform getriebenen Agitation protestieren Liberale wie Sozialdemokraten einstimmig gegen die Bezeichnung „Demonstrationswahlen“. Nun geben sie selbst zu, daß sich der Kampf im Grunde genommen um Fragen der Weltanschauung dreht. Nachdem sie vorher mit der Reichsfinanzreform beim Zentrum und den Konservativen Stimmen zu fangen suchten und dies ihnen teilweise gelungen ist, sagen sie jetzt, daß das badische Volk sich bei den Hauptwahlen mit übermächtiger Mehrheit gegen den Versuch der liberal-konservativ-agrarischen Weltrecht erklärt habe, den Kurs des Staatsschiffes nach rechts zu drängen, obgleich sie davon in ihrer Agitation fast nie gesprochen

Theater und Kunst.

Karlsruhe, 27. Oktober 1909.
Großes Hoftheater. Aus Anlaß der 150. Wiederkehr von Schillers Geburtstag werden sämtliche Dramen des Dichters im Laufe der Spielzeit zur Aufführung gebracht werden. Im Interesse einer größeren Abwechslung im Spielplan wird von einer operologischen Abteilung der Werte abgesehen werden. Das eine oder andere der Schillerischen Werte wird auch zu er-möglichten Preisen gegeben werden. Die erste Vorstellung letzter Art, nämlich „Kabale und Liebe“, wird am Samstag, den 30. Oktober, stattfinden. Das Publikum wird noch besonders darauf hingewiesen, daß zu dieser Vorstellung eine weitere Veräußerung dadurch gewährt wird, daß von Mittwoch, den 22. Oktober, an keine Vorverkaufsgelder erhoben werden. Die Vorstellung beginnt um halb 8 Uhr.

Clavierabend. Am 30. Oktober veranstaltet der geniale Meister des Klavierspiels, Professor Max R. Bauer aus Stuttgart, im Museumsaal einen Clavierabend. Das Programm enthält Texte von Beethoven, Schumann, Liszt, Brahms. Bauer gehört zu den wenigen großen Klavierpielern unserer Zeit. Seine hervorragenden Leistungen sind hier noch in bester Erinnerung von seinem letzten Klavierabend mit dem Meininger Hoforchester. Er spielte damals mit unvergleichlicher Bravour und feinsten Vertiefung das B-dur-Klavierkonzert von Brahms.

Aus dem Gebiet der Pädagogik. Von der Bibliothek der lat. Pädagogik, die, um die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts unter Mitwirkung der bekannten Pädagogen Dr. A. Kellner, Dr. F. A. Neudt und Dr. S. Hofius gegründet, von Dr. F. A. Neudt herausgegeben wird und den Zweck verfolgt, die hervorragenden Erziehungs-schriften katholischer Autoren aus allen Jahrhunderten in einer Kollektion den pädagogischen Kreisen deutscher Zunge zugänglich zu machen, ist unlängst ein neuer Band — der sechzehnte — im Herderischen Verlag zu Freiburg i. Br. erschienen. Derselbe bringt die Erziehungslehre des ausgezeichneten italienischen Pädagogen G. A. Manni (Pädagogik in 5 Bänden. Nr. 8, XII und 708 Seiten. Preis M. 8) zur Publikation. Die Uebersetzung dieses Werkes ins

Deutsche besorgte der St. Gallener Professor A. Keel, und als derselbe vor der Vollendung aus dem Leben scheidet (1907), der Herausgeber Hr. F. A. Neudt selbst. Dem Text des Werkes geht eine „historisch-literarische Einleitung über die italienische Pädagogik im 19. Jahrhundert“ voraus. Sie orientiert über ein Gebiet pädagogischen Schaffens, das bislang in den Ländern deutscher Zunge noch sehr wenig bekannt war.

Der Verfasser Giovanni Antonio Manni (1811 bis 1867), Professor der Anthropologie und Pädagogik an der Universität Turin, in der philosophischen Doktrin ein wenn auch ziemlich unabhängiger Schüler Rosminis, stand mit anderen berühmten Fachmännern im Mittelpunkt der Schulreformbestrebungen, die gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts von Piemont ausgingen und auf ganz Italien anregend und normgebend einwirkten. Sein Hauptwerk, die nun verdeutschte vorliegende „Pädagogik in fünf Büchern“, war ein fühner und glänzender Versuch, — der erste von den Italienern unternommene —, der Pädagogik eine streng wissenschaftliche Form zu geben. Von den fünf Büchern des Werkes behandelt das erste in neun Kapiteln die allgemeine Erziehungslehre, die vier folgenden die spezielle bezw. die intellektuelle, ästhetische, sittliche und physische Erziehung. Während jenes der Natur der Sache gemäß sich vorwiegend in etwas hoch gehalten abstrakten Erörterungen bewegt, läßt sich der spezielle Teil mehr auf den festen Boden der konkreten Wirklichkeit herab, um die pädagogische Theorie durch praktische Anwendungen und Beispiele aus dem Leben zu beleuchten und ihre hohe Bedeutung für das Leben darzulegen. Wichtige erzieherische Probleme, wie z. B. die Einheit und Vielfältigkeit der Lehrgegenstände, die klassischen Sprachen als intellektuelles Bildungsmittel usw. erfahren eine gründliche Behandlung.

Kirchliche Nachrichten.

Freiburg. Angekündigt wurden: Herr Vikar August Lehr in Grafenhausen nach Pforzheim, Herr Vikar Adolf Bernhart in Wolfach nach Grafenhausen, Herr Vikar Andreas Fischer in Herbolzheim nach Wolfach, Herr Vikar Otto Deister in Säckingen nach Trübsen, Herr Vikar Franz August Keller, zuletzt beurlaubt, nach Herbolzheim.

Notenburg. Die durch die Jurahegung des Domkapitulars v. Eichenbath im Domkapitel erledigte Domherrenstelle wurde von Bischof Dr. v. Koppeler dem Direktor des theologischen Konvikts in Tübingen, Dr. Franz Haber, übertragen. Derselbe steht im 56. Lebensjahre und wurde 1877 zum Priester geweiht. Nachdem er eine Reihe von Jahren als Lehrer an Latein- und Real Schulen gewirkt hatte, wurde er im Jahre 1893 zum Direktor des Konvikts in Tübingen ernannt.

Wien. Am 25. d. trafen Se. Erzengel der Hochm. Erzbischof Dr. Alois von Freiburg und am 26. d. der Hochm. Bischof Dr. Willi von Limburg zum Besuch unseres Hochm. Bischof Dr. Kirichen ein. Die Hochm. Herren werden bis Mittwoch hier verweilen.

Köln. Dem Dompropst bei der Metropolitankirche in Köln Dr. Karl Verlage ist das Kreuz und der Stern der Komture des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen worden.

Protektion der Seelsorge der deutschen Katholiken in Italien. Kardinal und Fürstbischof Kopp hat die Protektion über die Seelsorge der deutschen Katholiken in Italien niedergelegt. In seiner Stelle hat Herr Kardinal und Erzbischof Fischer von Köln diese übernommen.

Paris, 25. Okt. (Rom. D. F. z. z. z.) Der Hauptmann Jordan, Ordensoffizier des Generals Kerbrain in Aurillac hat seinen Dienst quittiert, um sich zum geistlichen Berufe vorzubereiten. Im diözesanen Feldzug ist er im Alter von 28 Jahren zum Ritter der Ehrenlegion ernannt worden.

Egenhofen, 23. Okt. Das wunderartige Marienbild in der heiligen Klosterkirche wurde von Einbrechern heute Nacht seiner sämtlichen Juwelen beraubt. Der Wert der geraubten Schmuckstücke wird im ganzen auf 6 Millionen Mark geschätzt. Das Kloster und die Wunderkapelle sind sofort geschlossen worden und werden von einer sommernden Wollmenge umringt. Alle Behörden des ganzen Landes sind angewiesen, auf die Diebe zu fahnen.

Dompropst Dr. Braun in Würzburg. Würzburg, 25. Okt. Im Alter von 68 Jahren starb hier der bekannte Domkapitular und Dompropst Braun. Ein schweres Darmleiden zwang ihn sich einer Operation zu unterziehen; sie konnte aber nicht vollendet werden wegen der Schwäche des Kranken. Dompropst Dr. Braun war ein Klaffenburger Kind und erblickte das Licht der Welt am 31. Dezember 1841. Am 6. August 1864 wurde er zum Priester geweiht, wirkte als Stabskaplan in Schwabensfurt und kam dann ins Priesterseminar nach Würzburg, wo er als Pfarrer, Subregens und schließlich als Regens einen großen Einfluß auf die Heranbildung des Klerus der Diözese ausübte. Ende des Jahres 1889 zum Domkapitular ernannt, wurde er am 18. Februar 1890 aufgeschworen und

übernahm zugleich die Dompfarrei, in welcher er bis in die letzten Tage überaus segensreich wirkte.

Vom Hochm. Herrn Bischof wurde er zum bischöflichen Kommissar für die sog. Gymnasien in Münsterstadt, Schweinfurt und Würzburg und sämtliche Volksschulen der Stadt Würzburg, zum Direktor des Instituts der Englischen Französin und zum 1. Vorstand der bischöflichen Vermögensverwaltung des Schilhanens ernannt.

Eine richtige Würdigung seiner Tätigkeit auf dem Gebiete der Schule, der Caritas, der sozialen Frage, sowie als Gelehrter und Schriftsteller dürfte den Rahmen einer Zeitung weit überschreiten.

Wichtig für Romreisende! Unter dieser Ueberschrift schreibt die „St. Volkst.“: „In der letzten Zeit ist vielfach darüber Klage geführt worden, daß zahlreiche Touristen der verschiedensten Glaubensbekenntnisse aus reiner Schaulust unter allerlei Vorwänden es erlaubten, bei päpstlichen Audienzen oder Funktionen zugelassen zu werden. In vielen Fällen haben diese Zuschauer sich zudem um die Beobachtung des am päpstlichen Hofe vorgeschriebenen Zeremoniell wenig oder gar nicht gekümmert. Ja es kam vor, daß solche im Meist- oder Sportostium vor den Papst hintraten, und wenn er ihnen dann trotzdem in väterlicher Liebe seine Rechte darzeigte, sich weigerten, den Forderung zu fassen, sich vollständig abzuwenden oder sonst sich anstoßregend benahmen. Andere legten sich, um nicht fälschlich seinen Segen zu empfangen, auf den Fußboden nieder, wie Schreiber dieses wiederholt sehr häufigen Gelegenheiten hatte. Damit nun der Papst vor solchen unliebsamen Antritten, die auch bei der Audienz deswöhnlichen Gläubigen oft zum Vergerus dienen, nach Möglichkeit bewahrt bleibt, hat der päpstliche Majordomus, Hr. Visconti, an die Vektoren der Nationalinstitute und an sonstige hervorragende Geistliche verschiedener Nationalitäten hierseits, an die sich die Landesteute gewöhnlich bezieht, die Vermittlung von Audienzen zu wenden pflegen, folgendes Rundschreiben erlassen:

„Ich halte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit Ew. Gnaden auf die große Verantwortlichkeit zu lenken, die derselbe auf sich nimmt, welcher vermittelst eigener Empfehlung das Gesicht, vor der erhabenen Person Seiner Heiligkeit erscheinen zu dürfen, unterläßt. In Zukunft heissen Ew. Gnaden kein Empfehlungsschreiben mehr, unter welcher Form es auch sei, selbst für allgemeine Audienzen und päpstliche Funktionen anzuschicken, wenn nicht an Personen, die Ihnen selbst bekannt, oder wenigstens durch sichere Verbindungen verdienende Referenzen an Sie empfohlen sind.“

Demnach tun Romreisende, welche die Absicht haben, dem Papste ihre Ehrfurcht zu bezeugen, wohl daran, sich mit einer Empfehlung ihres Pfarrers, wenn möglich und besser noch ihres Diözesanbischofs, versehen zu wollen.

haben. Wer merkt nicht die Unehrlichkeit, die in einem solchen Verfahren liegt?

Wir wissen es also jetzt aus der liberalen und sozialdemokratischen Presse selbst: Bei den letzten Wahlen gilt es mehr, als lediglich gegen die vielleicht unbedeutenden neuen Steuern zu protestieren.

Es gilt ob die auf christlicher Grundlage stehenden Parteien der Rechten mit dem Zentrum zusammen in solcher Stärke in den Landtag einzutreten, um dem liberal-sozialistischen „Kulturblock“ ein kräftiges „Galt“ zuzurufen, wenn es daran gehen sollte, seine liberal-freimaurerisch-sozialistischen Ideen zu verwirklichen. Denn wenn sie einmal die Macht haben, wird sie nicht mehr hindern.

Man sagt, das „Stichwahlabkommen“ zwischen Liberalen und Sozialdemokraten sei lediglich eine „taktische Abmachung“. Das ist ebenso unwahr, wie die Behauptung der Gegner vor der Hauptwahl, es gelte, gegen die Reichsfinanzreform zu protestieren. Schon schreibt die „Volksstimme“ von einem „Kulturblock“, der „auch weit über die Grenzen unseres engeren Heimatlandes hinaus seine politischen Kreise ziehen“ würde, und die „Bad. Adz.“ spricht bereits von einem „Neuen Baden“. Und die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind in ihrer Nr. 502 Abendblatt vom 27. Oktober in einem Artikel aus Karlsruhe in Gestalt und Schreiben: „Wahrlich Baden kann stolz sein auf das Beispiel, welche es bei dieser Wahlbewegung ganz Deutschland im Sinne einer freiheitlichen Entwicklung gegeben hat.“

Wer will angesichts dieser Neußerungen noch behaupten, es handle sich bei dem Stichwahlabkommen lediglich um eine „taktische Abmachung“? Sorgen wir dafür, daß dieser liberal-sozialistische „Kulturblock“ nicht allzu läppig wird.

Eine Neußerung des nationalliberalen Hauptorgans sei noch festzuhalten. In Nr. 496 schreibt die „Bad. Adz.“ wortwörtlich: Es verlange schon die taktisch-politische Situation, „daß wir die Parole der Nationalliberalen sind der Feind“ ebenso konsequent beizubehalten wie die Parole Waldecks-Rousseaus: „Le cléricalisme est l'ennemi“. Wir danken der „Bad. Adz.“ für ihre Offenherzigkeit. Wägen sich die Wähler darnach richten.

Unter dieser Parole hat man in Frankreich befanntlich die Religion aus den öffentlichen Schulen verbannt, Klöster geschlossen und Ordensteine verbannt, Kirchen gittert, Kirchen für Staatsbesitz erklärt, Stiftungsrechte eingezogen, Staat und Kirche getrennt und die Kirche völlig beraubt. Besten Dank nochmals für dieses offene Geständnis!

Deutschland.

Berlin, 27. Oktober 1909.

Zum Rücktritt Niederdings vom Staatssekretariat des Reichsjustizamtes schreibt die „Köln. Volksztg.“ u. a.: „Selbstverständlich ist ja die Stellung Niederdings, des einzigen Katholiken nach von Stengels Rücktritt in leitender Stellung im Reichsamt, in der Zeit der Blaupolitik nicht angenehmer wurde. Bedeutet man noch, daß bei der letzten politischen Stimmung im Reichstage und bei der Reichsregierung, bei der allgemeinen Kampfs- und Krisensituation es gar nicht abzusehen ist, was aus der Reichsjustizreform wird und ob sie in absehbarer Zeit zur Verabschiedung im Reichstage gelangen kann, so kann man es für glaubhaft halten, daß Dr. Niederding bei seinem Alter sich diesen aufreißenden und unabwehrbaren Kampf für die nächsten zwei Winter nicht mehr ansehen wollte. Früher ist ja an eine Erledigung der Reichsjustizreform auch im günstigsten Falle nicht zu denken. Dr. Niederding hatte im Reichstage schon in seiner Eigenschaft als Katholik wohl unter den Liberalen und Sozialdemokraten stets heftige Gegner, aber einen persönlichen Feind hatte er so wenig wie Graf Posadowski und Freiherr von Stengel. Er war eine bescheidene, nur für die Arbeit lebende Persönlichkeit. Wenn auch vielfach etwas wortfroh und verschlossen, wie es ja die Art alleinsehnender Herren bisweilen ist, so war Niederding doch ein gerader, ehrlicher Charakter, nicht bloß der trockene Jurist, sondern in seinem Privatleben ein Mann von tiefem Gemüte und stets hilfsbereit. Gar manches charitative Werk schenkt ihm vielen Dank.“

Ein Dementi aus Sachsen. Das amtliche „Dresdener Journal“ bringt heute Nachmittag folgende amtliche Erklärung: Die von einem Berliner Blatt gebrachte Meldung, Minister Graf Bismarck von Goltz habe sich dahin geäußert, daß die Regierung über das Eindringen von Sozialdemokraten in den Landtag keineswegs besorgt sei, es vielmehr der Wunsch der Regierung sei, daß sich die sozialdemokratischen Abgeordneten auch tatsächlich an den Beratungen zum Wohle des Volkes beteiligen möchten, ist von Anfang bis Ende erfunden.

Die Ostmarkenpolitik und Professor Hans Delbrück. Im Verein junger Staatsleute in Köln, einer Gesellschaft, die die besten Kreise zu ihren Mitgliedern oder Freunden zählt, sprach am Montag, 19. Oktober, Professor Hans Delbrück über die Nationalitätenfrage. Mit einer Offenheit, wie man sie sonst nicht gewohnt ist, urteilte er dabei über die Ostmarkenfrage und die Polenpolitik, daß es sich schon lohnt, seine Ausführungen hier wiederzugeben. Dies umso mehr, als Delbrück auch Streiflichter warf auf die Ostmarkenpolitik, von der auch einige politische bekannte Persönlichkeiten in Baden als begeisterte Ostmarkenpolitik werden sein, daß das Deutschstum geschwächt und das Polentum gestärkt sein wird. Ich fühle mich heute leider gar nicht veranlaßt, dieses Wort zurückzunehmen. (Großer Beifall.) Da geht man hin und redet Reichstagsabgeordneten ein: geht hin und setzt auch unsere Anordnungen an! Ja, daß man für 4 Milliarden Mark ein paar schöne Dörfer bauen kann, das glaube ich schon, auch ohne daß ich mir diese Dörfer ansehe. Aber wenn ich die Gegenrechnung lese und mir die Städte ansehe! Da fiel mir ein Buch in die Hände: Die mächtigsten Städtepolitik. Ich glaube erst, es wäre eine Verflüchtigung und vielleicht eine sehr geistreiche Verflüchtigung. (Große Beifall.) Aber nein, der Verfasser meint es vollständig ernst. Er zeichnet als Zukunftsbild ein deutsches Bürgertum, das sich in voller Abhängigkeit von der Regierung befindet. Also in Zukunft soll der freie Mann der Pole und der abhängige der deutsche Bürger sein. (Stürmische Beifall.) Und dann verlangt der Verfasser, daß ein freies deutsches Bürgertum die Städte bevölkern soll. (Beifall.) Deutsche Wäuer werden angefüllt, aber für den Abzug

der Polen ist nicht getrotzt; man lasse sie nach Westfalen abwandern. So viel ich weiß, sucht man das auch zu verhindern; in Westfalen hat man polnische Ansiedlungen auf Firmenstädtern verboten, auch polnische Geistliche gestattet man nicht. Wir haben vier Millionen Polen im Osten, die sich auf vier Provinzen verteilen und denen zwölf Millionen Deutsche gegenüber stehen. Wenn nun die Zahl der Deutschen durch die Ansiedlungspolitik auf 12 000 000 vermehrt wird und die der Polen vielleicht auf 3 000 000 vermindert wird, was ist denn damit erreicht? Obgleich durch die künftige Ansiedlungspolitik hundert- und aberhunderttausende Millionen auf Kosten der Allgemeinheit ins Land hineingeführt werden und man auch wirklich etwas geschaffen hat, muß angestanden werden, daß man an der verkehrten Seite angefangen hat. Denn nicht das flache Land, sondern die Städte sind die gegebenen Brennpunkte des nationalen Lebens. Wir aber haben gerade das Verfehlteste und Schlimmste im polnischen Bürgertum mit dem am allerhöchsten zu patieren sein wird. Denn mit dem polnischen Adel ist leicht fertig zu werden, er ist immer höflich gefügt; auch die polnische Geistlichkeit soll — nach Wittig — im Grunde sehr trailairtel sein, auch der polnische Bauer wird von allen Kennern gelobt. Ob das Schloß, das jetzt am Eingange der Stadt errichtet ist, wirklich eine Hochburg des Deutschstums sein wird? Ich kann mir einen solchen Hof nicht denken, der sich mit dem Befehle der Offiziere, der höheren Beamten und einiger hervorragender Bürger begnügen wird; vielmehr gehört zu einem solchen Schloß vor allem der Adel, hier auch wohl der polnische Adel, der sich leicht assimilierten lassen wird. Der stärkste Träger spezifisch nationaler Ideen ist das Bürgertum, und unsere Polenpolitik hat mir dazu beigetragen, das polnische Bürgertum emporzuheben und zu stärken. In einem heftigen Blatte las ich die Forderung, der Deutsche solle nur bei Deutschen kaufen. Ich halte den Vorschlag von deutscher Seite für unmöglich, bei den Polen ist er durch die geschaffene Finanzlage möglich. Ich habe nun ein seit hoffnungslos geblieben. Unsere heutige Polenpolitik ist nach meiner Ansicht vollkommen hoffnungslos. Sie ist auch parlamentarisch unhaltbar. Außer den Polen hat sie das Zentrum, die Freiwirtschaft, die Sozialdemokraten und zum Teil auch die Sozialisten gegen sich. Mehrer beweist noch auf Oberbaltin, wo die Polen früher gute Patrioten waren. Machen wir uns keine Illusionen darüber, daß wir dort eine ganze Million Polen hineintreiben ins polnische Lager. Wir wollen uns andererseits aber klar machen, daß sich die vier Millionen Polen im Osten auf vier Provinzen verteilen und sehr stark mit Deutschen durchsetzt sind. Diese Verteilung würde sich immer ausweiten. Ein großes, geschlossenes polnisches Sprachgebiet gibt es nicht. Ferner ist zu beachten, daß die Polen keine positiven Ziele haben. Nicht mit Forderungen und Wünschen werden wir etwas erreichen, sondern Deutsche und Polen müssen davon überzeugt sein, daß ihre politische Zusammengehörigkeit unzerstörbar ist. Wenn dieser Vorschlag die Kraft des Beschlußes erreicht, dann wird sich ein gedeihliches Verhältnis für beide entwickeln, nicht durch den Sieg des einen über den anderen, sondern in der Einigung im Staatsgedanken. (Beifall.)

So urteilt ein Mann über unsere Polenpolitik, der sich mit dieser Frage eben doch schon etwas gründlicher und länger beschäftigt hat, als unsere Ostmarkenreisenden à la Grillparzer u. a., die sich in ein Paar Tagen die Ostmarkenpolitik in Parade und „wie aus dem Schilde“ zeigen lassen, wobei „Bedenken“ und „Säulen“ die Stunden verfrachten. Es gibt eben allerlei Ostmarkenpolitiker!

Rusland.

Schweiz.

Druck erzeugt Gegendruck. Für die katholische Presse, die in diesen Tagen überall mannhalt für unsere Interessen gegenüber dem wilden Aufsturm der Freimaurerlogen und der Freier-Männer sich gewehrt hat, erläßt ein wackerer Mann, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, im „Basler Volksblatt“ folgenden Aufruf: „Katholiken! Gegenüber diesem schmachvollen Feldzug gegen unsere Kirche und Religion, der uns allen die Hornesröte ins Antlitz treibt, gibt es nur eine Antwort: Alles für unsere wackere Presse! Jetzt oder nie! Ich zeichne an die Spitze des „Basler Volksblatt“ 500 Fr., sofort zahlbar!“

Das Luzerner „Vaterland“ bemerkt dazu: „Ein lehrhaftes Bravo dem Wackeren! Möge er im ganzen Schweizerlande viele Nachfolger finden! Jetzt heißt es überall die Reihen noch enger schließen!“

Oesterreich-Ungarn.

Die Finanznot macht anklingend die Munde durch die ganze Welt. Aus Wien wird berichtet: Dem Abgeordnetenhaus letzte der Finanzminister Vilsack den Staatsbankrott für 1910 vor. Dieser weist ein Defizit von 42,042,436 Kr. auf. Er führte dazu aus: „Die Ueberfälle, welche ein 100 Mill. Kronen und darüber betragen haben, seien ganz verflucht. Der Kassensatz von 200 gegen den Tag ist gegen den 25. Okt. des Vorjahres um 45 Millionen geringer. Bei den Steuererträgen ist bis Ende August ein Plus von 12 Millionen aus den direkten Steuern, andererseits ein Minus von 12 1/2 Millionen aus indirekten Steuern zu konstatieren. An die Sanierung der Landesfinanzen könne die Regierung, da eine Erhöhung der Biersteuer nicht möglich sei, nicht mehr denken, sondern sie wolle den Ländern die allerdingenden Mittel zur Verfügung stellen und beabsichtige aus der zu erhebenden Prämiensteuer, von der ein Mehrbetrag von 35 Millionen erwartet wird, noch weitere 20 Millionen den Ländern zuzuwenden. Der Finanzminister erklärt, es sei die Schaffung eines unabhängigen Monopols in Aussicht genommen und nicht eine Bindung durch Bänder. Die Regierung rechne auf einen Ertrag von 15 Millionen Kronen und erwäge, ob sie nicht für den Uebergang durch Bildung einer Gesellschaft forgen könnte, welche die Bänderarbeiten zur Einleitung des Monopols für den Staat übernehme. Es soll ein Handels- und Produktionsmonopol sein, und der Beschäftigte soll durch Trassen erfolgen. Der Minister sagt, daß wenn neue Steuern nicht bewilligt werden, das Budget ungarbeitet und verschobene Investitionen und Banken gefährdet werden müssen. Die Regierung beansprache das Budget für den Staat, und deshalb werde sich zeigen, welche Parteien bereit seien, für den Staat etwas zu tun. (Beifall.)

Frankreich.

Frankreich und der Dreibund. In französischen Regierungskreisen hält man den Jubel der Chanoinenspresse, die den Verbund: Frankreich-Italien-England-Italien schon gelichtet sieht und die Demittierung Oesterreichs als nächstes Ziel dieser Gemeinschaft vorab, keineswegs für zeitgemäß. Von der Vertreibung solcher, in den Verhältnissen keineswegs begründeter Vorstellungen wird eine unglückliche Beeinflussung des französischen Geldmarktes mit ihren unvernünftigen

politischen Folgen befürchtet. Die französische Regierung ist bemüht, die öffentliche Meinung in dem Sinne zu informieren, daß der Plan einer Entzweiung Deutschlands und Oesterreichs jetzt ebenso wenig erstensberechtigt sei wie je zuvor und daß man keineswegs übermäßig sich erneuern zu haben. Die Entzweiung von Italien bedeute den Vorteil für Frankreich, daß Italien fortan noch eifriger als bisher bemüht sein werde, etwaige Mißverständnisse zwischen den in Europa bestehenden Staatsgruppierungen beseitigen zu helfen.

Asien.

Die Ermordung des Fürsten Ito. Der japanische Staatsminister Fürst Ito wurde bei seiner Begegnung mit dem russischen Finanzminister Stolozow von einem Koreaner ermordet. Der Fürst, der eben seinen Wagen verlassen hatte, um mit dem russischen Finanzminister Stolozow und den russischen Offizieren die Front der Grenzkontingente abzugeben, ging gerade auf die Gruppe der ausländischen Konsuln zu, als hinter ihm mehrere Schüsse krachten. Fürst Ito fiel von drei Augen getroffen zu nieder. Er verschied 20 Minuten nachdem die Schüsse abgegeben worden waren. Der japanische Generalkonsul wurde lebensgefährlich verletzt. Der Täter ist verhaftet worden. Im Verhör gab er an, er sei nach Chabin gekommen, um den Fürsten zu ermorden. Er habe sein Vaterland rächen wollen; Ito habe während seines Aufenthaltes in Korea einige ihm nahestehende Personen hingerichtet lassen.

Der dem Attentat zum Opfer gefallene japanische Staatsmann Hirobumi Ito ist 1841 geboren. Er war der Sohn eines Bauern und ging 1863 nach England, wo er sich europäische Bildung aneignete, die er später auf weiteren Reisen nach den Vereinigten Staaten von Amerika und nach Europa vervollkommnete. Während seines Aufenthaltes in Deutschland studierte er, nachdem er 1878 Minister des Innern gewesen war, besonders die preussische Verfassung, die ihm für die 1890 eingeführte japanische Verfassung als Vorbild diente. Ito war viermal Ministerpräsident und wirkte während dieser Zeit mit allen Kräften für den Anschluß Japans an die europäische Zivilisation, so daß er als Schöpfer des modernen Japans anzusehen ist. 1884 wurde ihm der Grafen-, 1907 der Fürstentitel verliehen. 1901 gründete er die große politische Partei und unternahm wieder eine große Reise durch Europa und Amerika. 1903 wurde er Präsident des Geheimen Staatsrats, im März 1904 ging er als besonderer Gesandter nach Korea, wo er einen Bündnisvertrag zwischen Japan und Korea zum Abschluß brachte, und im Dezember 1905 zum Generalgouverneur ernannt wurde. Die jetzt unternommene Reise, auf der ihn der Tod ereilte, galt dem Ziele, dem Einpruch Amerikas und anderer Mächte bei Eisenbahnbauten zuzurufen durch die Serbifizierung eines vollständigen Eisenbahnnetzes mit China. Zu diesem Zweck hatte auch das himmelische auswärtige Amt hohe Beamte abgeordnet, um mit Ito zu verhandeln.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Die Nachricht über die Ermordung des Fürsten Ito wird in Deutschland mit tiefem Bedauern aufgenommen. Unter den zeitgenössischen Staatsmännern in Japan war Ito wohl der bedeutendste. Seine außerordentliche Persönlichkeit und politischen Leistungen fanden auch bei uns viele Bewunderer. In der japanischen Geschichte wird seine Stellung durch die hohen Verdienste bezeichnet, die er bei der Ueberleitung Japans in eine moderne Staatsform und in die Sicherung der weiteren Fortschritte seines Landes in der neuen Welt erworben hat. Wir denken der Regierung in Tokio und dem japanischen Volke unsere herzlichste Teilnahme aus an dem Verlust des großen Patrioten und Staatsmannes.“

Zur Zarenreise.

Paris, 25. Okt. 1909.

Der Besuch des Zaren in Italien wird in Frankreich selbstverständlich mit Sympathie begrüßt, vor allem in jenen Kreisen, die an das von Delcassé eröffnete System der ententes cordiales glauben und praktische politische Resultate von ihm erhoffen. Die Gelegenheit zu allerhand Förmlichkeiten ist um so günstiger, als es gerade der Alliierte ist, der die lateinische Schwester des Südens, die selbst schon mit der phrygischen Niaga auf der bekannten Walzertour gegeben wurde, mit seinem Minister des Auswärtigen begrüßt. Nach dieser Europameinung, dieser lange, gefährliche Weg, den ein Meer von Geheimpolitikern und Techniken auf seine Sicherheit prüfen und ungezählte Bionette schätzen müssen. Auch das Rendezvous mit Herrn Bidou, dem offiziellen Sprachrohr der Auslandspolitik. Das alles öffnet der patriotischen Phantasie weite Perspektiven. Die Zeiten haben seit Wunden bedeutend sich geändert, ruft der gemäßig national-litische „Eclair“ aus. Der royalistische „Gaulois“ erblaut in der Zarenreise das schließliche Fortstreben, Italien der englisch-russisch-französischen Tripelentente einzuverleiben. Die Republikanerpresse hält sich von diesem rohen Optimismus frei. Auch in ruhig denkenden und die älteren Erscheinungen auf ihren inneren Gehalt prüfenden politischen Zirkeln glaubt man keineswegs an die Eröffnung einer neuen Ära. Man ist dort zwar der Ansicht, daß der Zarenbesuch nicht allein ein Höflichkeitsspektakel sei, sondern daß er zugleich eine ernsthafte politische Beiprochung und eventuell Beischlußfassung bedeute. Natürlich, was die Balkanfrage betrifft. Das ist sehr einleuchtend.

Der „Temps“, das führende Organ auf außenpolitischem Gebiet, widmet dem Besuch bis jetzt zwei Artikel an leitender Stelle. Wir geben daraus folgende Stellen wieder: „Das, was in dieser Reise zuerst die Aufmerksamkeit des Publikums herbeiruft, ist die Wahl des Weges. Der Gedanke, der aus seiner zu gehen, liegt uns fern. Inbes es fällt nicht schwer, hier einen Willen zu konstatieren. Dieser Wille beweist, daß die im April eingetretene Vereinbarung ob der orientalischen Schwierigkeiten die Beibehaltung noch nicht vergessen hat. Die Unzufriedenheit bestand tatsächlich, was man auch in Berlin im gegenwärtigen Sinne gefogt haben mag, da der Zar nach sechs Monaten die Hälfte von Europa durchzogen, um das österreichisch-ungarische Territorium zu meiden. Es bleibt zu hoffen, daß man künftig in Wien und Petersburg die Basis korrekter Beziehungen findet. Die Krisis von 1908 auf 1909 war ein Konflikt des Ansehens wie die Marokkoaffäre

zwischen Deutschland und Frankreich. Das Einberufen kann wieder erleben, wenn man es mit Klugheit vorbereitet. Oesterreich und Rußland können verträglich nebeneinander leben wie Deutschland und Frankreich. Es wäre also unpolitisch die Bedeutung des Falles zu überbetonen. ... Nikolaus II. krönt durch seine Reise die Anpassung der französisch-russischen Allianz an europäische Verhältnisse. Als sie vor achtzehn Jahren abgeschlossen wurde, galt es inzwischen eine Reihe von Gebührenten und Vorurteilen zu überwinden. Diese fortwährende Anpassung dient nicht allein den Interessen Frankreichs, sondern auch dem allgemeinen Frieden. Das System der Allianzen und Freundschaften hat sich nicht ohne Stöße vollzogen. Lange hat die Welt seine Feindart. Lange mußte man die Folgen der Sündigen vor durch einen übertriebenen Optimismus? Aber es scheint, daß heute die Mächtig normal in einander greifen. ...

Sozialistisches Vanditentum in Zürich.

(Eine überempfindliche christlich-sozialistische Protestversammlung.)

Man schreibt uns: Zürich, 26. Okt. Mein Vetter und ich hatten noch keine Gelegenheit gehabt, die anarchistische Tendenz der Züricher Sozialisten kennen zu lernen, sonst hätten wir sicher nicht das Risiko auf uns genommen, mit einer weißen Kette im Knopfloch, dem Erkennungszeichen der Christlich-Sozialen, in eine Versammlung zu gehen, in der sicher die Sozialisten sich mehr als zahlreich einfanden mußten. Hier in Zürich spielen ja die Genossen eine Rolle, und man erlebt häufig das seltsame Schauspiel, daß ein Oberbürger und Sozialist bei der Annahme einer Resolution mitwirkt, die den Forderungen der Züricher Christlich-Sozialen, die dem Forderung Rummel aus mehrfachen Gründen entgegenzutreten mußten — die Schmähen der katholischen Kirche und ihrer Geistlichen, der Hohn auf Gerechtigkeit und Ordnung und die Kompromittierung der schweizerischen Beziehungen zu Spanien, die in wirtschaftlicher Hinsicht wahrlich nicht geringfügig sind — lokale Sozialisten in die „Stadthalle“ und zeitliche häßlich lebhaft Debatten. Debatten? Nein, Zöhlen, Weifen, Todesrufe, Mord und Mord. Ich schreibe die Geschichte dieses sozialistischen und anarchistischen Vanditentums, da der Zufall gewollt hat, daß ich ihn als allernächster Augenzeuge schreiben soll.

Nach 8 Uhr. Wir sind vor der „Stadthalle“ angelangt. Da ist kein Platz mehr, denn Hunderte stehen auf der Straße. Ein Versuch, ins Barriere zu gelangen, mißglückt. Wie das Pfeist und jöhlt und kreischt! Man muß sich die Ohren zupfaffen. Also ein Versuch auf der Galerie: Da sind die Tische an die Lampe gerückt, auf ihnen stehen die Adressen der, die mit den Fingern im Munde die Pfeistone hervorwerfen. Scheel schauen sie einander an, als sie unsere weißen Ketten sehen. „Es sind Christliche!“, rufen sie einander zu, aber sie wagen keine weiteren Bemerkungen, denn mein Vetter und ich sehen nicht darnach aus, als ob man mit uns anbinden könnte. Wir sehen einen Menschen mit krankelem Gesicht, der abwechselnd an seiner Zigarette zieht, dann wieder Pfeist erlösen läßt. Was eigentlich los ist, wissen wir noch nicht. Es gelang uns, auf Umwegen in der Kuffenraum des Saales zu gelangen, der eine Bühne besitzt. Wir bringen vor und stehen nach Aufforderung des Vorhanges auf der Bühnenrampe. Dort ist ein Redner auf einen Tisch geleitet und will zu der Menge sprechen. Er wird niedergebückt. ...

Das ist uns die Situation klar: Das christlich-sozialistische Komitee ist nicht mehr da, ein Sozialist hat das Tagespräsidium an sich gerissen und sucht aus der christlich-sozialen Versammlung eine sozialistische zu machen. Es ist Genosse Sigg, um ihn herum sein Generalstab. Und was für einer! Ruffisch-jüdische Spinnwebengesichter, Italiener mit Rabadool-Physiognomien und auch einige „bessere Herren“, ersichtlich die Dirigierenden des Freienerenens, denn wir sehen bei ihnen die schändlichsten Possen gegen die katholische Religion und Formulare, die zum Austritt aus der katholischen Kirche auffordern. Und wir zwei sind die einzigen Christlich-Sozialen auf der Bühne. Die weiße Kette ist in einem solchen Milieu direkt eine Prosofation, sie aus dem Knopfloch zu nehmen, wäre aber eine Freilich. So bleiben wir in der Verdringung stehen, nachdem ein Versuch, wieder ins Freie zu gelangen, gescheitert, weil inzwischen der Wert die Türe, durch die wir gekommen, verschlossen hat. Aus den Erklärungen der Sozialisten entnehmen wir, daß auch Geistliche da waren, sie hätten sich aber „gedrückt“ und nun werde die Versammlung erst recht gehalten.

Der Genosse Sigg hat auch die rechtliche Absicht dazu, doch die eigenen Genossen, die ihn zum Teil nicht kennen, und auch Christlich-Soziale, die in einem kompakten Säuflein in der Mitte des Saales und an zwei, drei anderen Stellen festgeklebt sind, lassen es nicht zu. Das Anarchistenblatt „Der freie Arbeiter“ wird in die Höhe gehalten. Dröhnender Beifall. „Tod den Pfaffen“, brüllen neben uns nichtder Aktente. Sigg verläßt seinen Tisch. Einer der „besseren Herren“ schreibt darauf: „Nieder mit den Pfaffen! Los von Rom!“ um uns zwei freien einige der Anissen, sie haben die weißen Ketten bemerkt, und da ich ihre Sprache verstand, höre ich, daß der eine sie gern wegreifen möchte, während der andere vor der Kraftgestalt meines Veters doch zurückschreckt und die Vermutung äußert, wir hätten sicher Waffen. Das Gemüdel ist also auch feige. Doch nun geht der Tisch mit der Schmähschrift in die Höhe. Zöhlen und Bravo! begrüßt ihn. „Nieder mit den Schwarzen!“ schreit es ringsum. Da drängt ein stämmiger Mensch nach der Bühne vor, erleuchtet sie und reißt den Tisch auf den Boden herab. Es ist ein Christlich-Sozialer, der so der Schmähsung ein Ende machen will. Die Sozialisten haufen mit Stöcken, einige auch mit Stühlen auf ihn ein, einige Christlich-Soziale avancieren, um den Stühlen herauszuholen. Sie werden überpöhlert. Von der Galerie herab werden Krüge und Gläser geschleudert, wohl 200 an der Zahl, um nur liegt die Bühne voller Scherben. Und als seine Aufregung mehr da sind, greift die sozialistische Mäute zu Stühlen, die sie zertrümmert. In blinder Wut wird alles zu Boden geschlagen, das

